

HIROSHIMA mahnt!



Vor
72
Jahren

6. August 1945

Am 6. und 9. August 1945 wurden die Städte Hiroshima und Nagasaki Ziel der ersten und bislang einzigen Atombombenabwürfe. Etwa 92.000 Menschen starben sofort, 130.000 weitere Menschen starben bis zum Jahresende an den Folgeschäden. Auch 72 Jahre danach gedenken wir den Opfern, die uns mahnen und verpflichten zum Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt. Noch immer gibt es weltweit ca. 15.000 Atomwaffen. Davon sind nach Angaben des Friedensforschungsinstituts SIPRI 1.700 in ständiger Einsatzbereitschaft.

Statt dieses Teufelszeug endlich zu beseitigen, wird bei allen offiziellen Atomwaffenstaaten und bei den "Nachzüglern" Israel, Indien, Pakistan und Nord-Korea modernisiert; neue bessere, genauere Sprengköpfe, neue Trägersysteme, Flugzeuge, und U-Boote. Die Atomwaffen sind eine real existierende Gefahr für die gesamte Menschheit. Sie gehören verboten und abgeschafft! ★

Vertrag über ein Atomwaffenverbot

Der in diesem Jahr von den Vereinten Nationen verabschiedete Vertrag über ein Atomwaffenverbot wird bei den diesjährigen Veranstaltungen ein weiteres wichtiges Thema sein. Anfang Juli verabschiedeten 120 Staaten einen Vertrag über ein vollständiges Verbot von Atomwaffen. Die Verhandlungen dazu begannen Ende März und konnten mit der Verabschiedung durch 120 Staaten am 7. Juli erfolgreich zu einem Abschluss gebracht werden. Damit konnte ein historischer Schritt in Richtung einer atomwaffenfreien Welt vollzogen werden. Die Friedensbewegung erhofft sich, dass so der Druck auf die Atomwaffenmächte erhöht wird, konkrete Abrüstungsschritte zu unternehmen. ★



UN beschließt historisches Abkommen

Atomwaffen endlich verboten

122 Staaten verabschiedeten am 7. Juli 2017 bei den Vereinten Nationen in New York einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen. Nach Jahrzehnten stockender Abrüstung senden sie ein klares Signal an die Atomwaffenstaaten: diese Massenvernichtungswaffen sind endgültig delegitimiert. Das völkerrechtlich verbindliche Abkommen verbietet neben der Herstellung, dem Einsatz und Besitz auch die Drohung mit einem Nuklearschlag sowie die Stationierung von Atomwaffen in anderen Staaten. Damit handelt künftig auch die Bundesregierung mit der nuklearen Teilhabe in der NATO und der Verfügung über US-Atomwaffen in Deutschland gegen geltendes Völkerrecht.

Wir fordern die jetzige und zukünftige Bundesre-

Eine Forsa-Umfrage im Auftrag der Internationalen Ärzten zur Verhütung eines Atomkriegs (IPPNW) vom März 2016 ergab:

- ✦ 85 % der befragten Bundesbürger*Innen sprachen sich dafür aus, dass die auf deutschem Boden gelagerten Atomwaffen abgezogen werden.
- ✦ 93 % befürworteten, dass Atomwaffen, ähnlich wie Chemie- und Biowaffen, völkerrechtlich verboten werden sollen.
- ✦ 88 % sprachen sich dagegen aus, dass die USA aufgerüsteten Atomwaffen in Deutschland neu stationieren. ★

gierung auf: Entsprechen Sie dem Wunsch der überwältigenden Mehrheit der Bundesbürger*Innen zeigen Sie Verantwortung und übernehmen Sie Vorbildfunktion gegenüber allen andern NATO-Partnern. Treten sie dem Vertrag bei.

Die Friedensforderungen der DKP an die Bundesregierung

Die Verursacher und Profiteure von Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Armut in diesem Land, von Krieg und Zerstörung in fremden Ländern und der Flucht von Millionen Menschen sind die Banken und Konzerne und die ihnen dienenden politischen Regierungsparteien. Sie stehen auf der einen Seite der Barrikaden. Ihnen gegenüber stehen die

Millionen Menschen, Familien, Jugendliche und Rentner - egal welcher Herkunft.

Die Rüstungs- und Kriegslasten verhindern eine Sozialpolitik auf allen Ebenen unserer Daseinsvorsorge.

Auch der Frieden und so auch mehr soziale Sicherheit ist nur mit und durch den Druck der Straße zu haben. Das Ende der Kriegseinsätze der Bundeswehr, Abrüstung, der Abzug von US-Atomwaffen, die Schließung der US- und NATO-Basen in Deutschland und schließlich der Austritt aus der NATO, der Stopp der Rüstungsproduktion und ihre Umwandlung in zivile Produktion, das Verhindern des Bundeswehreinsatzes im Innern zählen zu unseren Forderungen. Krieg und Rüstungsproduktion ist gleichzeitig Sozialabbau. Daher mit der DKP im Bündnis mit den Friedenskräften in unserem Lande, für eine Welt ohne Atomwaffen.

Weg mit den Atomraketen in Büchel

Unsere Forderungen :

- ✦ Ein Ende der Kriege und anderer Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Verringerung des Rüstungsetat.
- ✦ Der offiziell ausgewiesene Rüstungsetat wird 2018 um 20 Prozent gekürzt.
- ✦ Der Ausbau der Bundeswehr und die Hochrüstung der Kriegsministerin von der Leyen werden sofort gestoppt.,
- ✦ Alle Kriege, an denen die Bundesrepublik beteiligt ist (Afghanistan, Syrien, Mali) werden sofort beendet.
- ✦ Auch alle übrigen Auslandseinsätze der Bundeswehr werden gestoppt.,
- ✦ Der Export von Waffen und Rüstungsgüter aller Art wird untersagt. Das gilt auch für den Export in NATO-Staaten oder so genannte befreundete Länder.



Bundestagswahl am 24.09.2017

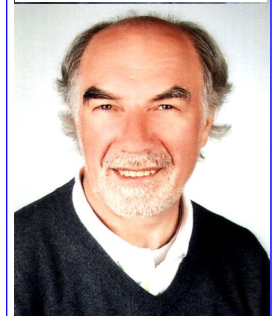
DKP wählen



Wilhelm Benz



Friedhelm Bühner



Reinhard Püschel